

Krakauer Zeitung.

Nr. 98.

Montag, den 29. April

1861.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abon-

9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergepoltenen Seiten für

nemtepreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stempelgebühr für jed. Einschaltung 30 Nkr. — Insertat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 14. April d. J. dem Haaber Domherrn, Anton Szerdahelyi, die Titular-Abtei B. M. v. de Tunye, dem Haaber Domherrn Fabian Hauser die Titular-Probstie des Kaisers allernädigst zu verleihen; ferner den Professor der Theologie an der Haaber bischöflichen Lehramt, Franz Lazarus, zum Ehrendomherrn an dem Haaber Domkapitel zu errichten, endlich dem Oedenburger Domherrn, Arie und Jubilar-Priester, Franz Lazarus, das Ritterkreuz Allerhöchstes Franz-Joseph-Ordens allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 28. März d. J. allernädigst zu gestatten geruht, daß der Udtore der Sacra Rota Romana für das Kaisertum Österreich und Hausprälai Sr. Heiligkeit des Papstes Francesco Nardi in Rom die ihm verliehenen Insignien eines Justiziaten des königlich-sicilianischen Konstantinischen S. Georgs-Ordens und jener des Kommandeurkreuzes des königlich-sicilianischen Ordens Franz I. annehmen und tragen dürfe.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 9. April d. J. die Ehrenkanzel der mechanischen Technologie am f. f. polytechnischen Institute in Wien den kaiserlichen Rat und Ritter Jakob Neuter allernädigst zu verleihen und ihm zugleich zum Vorsteher des vereinigten technischen Kabinetts an diesem Institute zu ernennen geruht.

Veränderungen in der kais. königl. Armee.

Ernennungen und Beförderungen:

Die Majore: Moritz Freiherr Rueber von Ruebersburg und Stanislaus Freiherr Burguignon von Baumberg zu Oberstleutnanten;

dann die Hauptleute ersten Klasse: Joseph Wanka von Lenzheim und Nikolaus von Theodorovich zu Majors.

Der Flügel-Adjutant Sr. f. f. Apostolischen Majestät, Major Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst zum Oberstleutnant, und der Mittmeister erster Klasse, Friedrich Graf Dürkheim-Montwaurin, des Uhlanen-Regiments Erzherzog Karl Ludwig Nr. 7, zum Major und Flügel-Adjutanten Sr. f. f. Apostolischen Majestät.

Überzeugungen:

Der Major, Markus Lerbuchovicz-Schachtenhewert, vom Infanterie-Regimente Erzherzog Franz Karl Nr. 52, q. r. zum Infanterie-Regimente Graf Thun-Hohenstein Nr. 29;

die Majore: Johann Kaska, des valanten Artillerie-Regiments Nr. 8, und Franz Marx, des Artillerie-Regiments Ritter v. Pittinger Nr. 9, werden rücksichtlich ihrer Dienstesethnung gegenseitig verwechselt.

Pensionirungen:

Der Oberst, Nikolaus von Mérey, des Kürassier-Regiments Kaiser Nikolaus von Russland Nr. 5, und der Major, Joachim Zimmermann, des Militär-Polizei-Wachkorps, dann der Hauptmann erster Klasse, Heinrich Utsch von Lanzenkreis, des Infanterie-Regiments Graf Kinshy Nr. 47, mit Majors-Charakter ad honores.

Der Staatsminister hat den Supplenten des Lehrfaches der mechanischen Technologie am f. f. polytechnischen Institute in Wien, Rudolph Freiherrn von Kulmer, zum Adjunkt des vereinigten technischen Kabinetts an diesem Institute ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 29. April.

Wir verweisen auf den Brief unseres heutigen Wiener Corrrespondenten. Derselbe gibt Andeutungen über die seither in der Presse vielfach verkannten und unrichtig aufgesetzten Attribute und die eigentliche Bedeutung des Reichsrathes. Die Consequenzen, welche sich aus dieser Auffassung auf eine vor- aussichtlich dem Princip der Reichseinheit entsprechende Lösung der ungarischen Frage ziehen lassen, ergeben sich von selbst. Demzufolge hat die Nichtbestückung des Reichsrathes von Seite irgend eines Kronlandes nur die Bedeutung einer allerdings unpassenden Demonstration, aber eine rechtliche Wirkung hat sie nicht.

Aus Paris wird der „N. P. Z.“ geschrieben, daß die Veranlassung der Moniteur-Note zur Abwendung der Pole eine Communication des russischen Gesandten, Grafen Kisseleff, gewesen sei, laut welcher der Prinz Napoleon in aufgefangenen Briefen des Wieroslawski stark compromittirt sei.

Die Antwort des Prinzen Napoleon auf die Brochüre des Herzogs von Lumale ist immer noch nicht erschienen. Swarz sind jetzt schon drei bis vier Brochüren veröffentlicht, welche sämlich gegen den Herzog von Lumale gerichtet sind. Es werden deren noch mehrere erscheinen; sie haben jedoch nicht den gewünschten Erfolg, nicht einmal le succés du scandale. Das Publikum sagt sich sehr richtig: Der Herzog von Lumale hatte seine Brochüre unterzeichnet; will der Prinz Napoleon ihm antworten, so unterzeichnet er auch. Die Prosa seiner dienstbaren Geister hat keinen Werth.

Das „Journal de Constantinople“ macht sich über die Schüchternheit lustig, mit welcher die „Patrie“ die nämliche Grundsatz, der von jeher im ungarischen Land nach Paris gelangte Nachricht, daß Antivari von den Tage galt, daß nämlich die Anwesenden auch für vom Referenten genehmigt.

Weise abgemacht hat. In der Armee soll man dem Prinzen darum am meisten großen, und es wird mir versichert, daß der Prinz nicht wagen werde, morgen bei dem großen Cavallerie-Mannover an der Seite des Kaisers erscheinen. (Der Prinz hat der Revue wirklich nicht beigelehnt. Die Rev.) Prinz Napoleon, mit einem Wort, ist durch die Brochüre in der öffentlichen Meinung noch mehr herunter gesetzt, als er schon war. Es fragt sich aber, ob das in einem Theile des bonapartistischen Heerlagers nicht glücklich gewünscht wurde? Es gibt Murat's, denen bei ihrer Sehnsucht nach König Joachims Thron König Victor Emanuels Schwiegerohn sehr im Wege ist; es gibt hohe Personen genug, welche nach einer conservativen Wendung der Bonapartistischen Politik seufzen und den rothen Bergprinzen dabei mit Vergnügen über Bord werfen würden. Es gibt große persönliche Unimostitäten in den Duvelieren, die sich über den Brief des Herrn Herzogs von Lumale sehr gefreut haben; denn derselbe ist gegen den rothen Prinzen als eine zweischneidige Waffe zu benutzen, und er wird als solche benutzt; man sagt dem armen Sohn des feu le Roi de Westphalie ganz ruhig: „geh hin und duelliere dich mit dem Herzog von Lumale, welcher ein ganz ausgezeichneter Pistolenschütze ist, oder trage den Rubm einer Philosophie, die nicht Ledermanns Sache ist!“ Es gibt Leute genug, welche die Veröffentlichung des Lumale-Briefes für unmöglich erklären Connivenz von gewisser Seite.

Über den Moniteur-Artikel, in Betreff Polens, äußert sich heute der Ami de la Religion unter andem folgendermaßen: Der Rath des Moniteurs scheint uns gut und von einer heilsamen Tragweite zu sein. Aber um wie viel mehr finden die an die zu eifrigsten Freunde Polens gerichteten Verwarnungen auf alle Diejenigen ihre Anwendung, welche, indem sie die Hoffnungen einiger Unruhestifter in Ungarn, Dalmatien und Istrien überreizen, die Würde und die politischen Interessen des österreichischen Reiches mit den guten Absichten seines Sovrains in Antagonismus bringen.

Der „Ami de la Religion“ veröffentlicht ferner einen Brief des russischen Fürsten Galizin, welcher das Verfahren der russischen Behörden in Warschau gegen deren Verlämder in der französischen Tagespresse in Schutz nimmt. Es sagt u. A.: „Man behauptet, daß russische Gouvernement habe Unrecht gehabt, die Einwohner von Warschau an der Fortsetzung ihrer Prozessionen zu verhindern. Es sei — aber ich frage,

was die französische Regierung thun würde, wenn z. B. zwanzigtausend Individuen, ebenfalls ohne Waffen, über die Boulevards zögen, und nichts Anderes ausrufen als: Vive le couronnement de l'Édifice?“

Die „Patrie“ erklärt die Nachricht, daß in Folge einer neuerdings zwischen Frankreich und Piemont zu Stande gekommenen Konvention die französischen Truppen die Kirchenstaaten räumen und in Rom durch die Piemontesen ersezt werden sollen, die ihrerseits noch für einige Zeit den gegenwärtigen status quo aufrecht erhalten würden, für vollkommen ungenau.

Die Turiner „Opinione“ vom 27. meldet, daß Fürst Couza und der Bei von Tunis das Königreich Italien anerkannt haben.

Die Nachricht, daß die preußische Regierung an einer Denkschrift arbeitet, welche den übrigen Bundesregierungen die Gründe darzulegen bestimmt ist, aus denen sie im preußischen und deutschen Interesse außer Stand gesehen, bei den Verhandlungen bezüglich einer Verständigung über die Revision der Bündeskriegsversassung, den Vorschlägen Österreichs, oder vielmehr deren Bedingungen und Voraussetzungen, dazustimmen, ist, nach der „N. P. Z.“ eitel Errindung.

Aus Petersburg vom 26. und 27. d. liegen nicht weniger als drei Telegramme vor; nach dem einen ist Fürst Gortschakoff, der Minister des Neuen — nach dem andern Fürst Gortschakoff, der Statthalter von Polen — nach dem dritten Fürst Peter Dimitrievitch Gortschakoff, Bruder des Statthalters von Polen und Reichsrathsmittel, auf ein Jahr beraubt worden. (Die letzte Angabe ist die unrichtige.) Es wurden 57 Generäle pensionirt.

Nach einer Meldung der „Patrie“ vom 26. d. wurden die Montenegriner von den Türken geschlagen und aus einer verschantzen Stellung vertrieben.

Das „Journal de Constantinople“ macht sich über die Schüchternheit lustig, mit welcher die „Patrie“ die nämliche Grundsatz, der von jeher im ungarischen Land nach Paris gelangte Nachricht, daß Antivari von den Tage galt, daß nämlich die Anwesenden auch für vom Referenten genehmigt.

Montenegrinern genommen worden sei, dementierte. Noch zähle Montenegro nicht mehr als 12,000 Familien und die Türkei habe in der Nähe des Ländchens 40,000 Soldaten aufgestellt; zur See sei eine Überumpling Antivari's Seitens der Montenegriner ebenso nicht möglich, da diese bis jetzt noch kein Stück Seeküste besitzen; wäre dem so, die dort vorüberkommenden Kaufsäher müßten sich bis an die Bähne bewaffnen, um ungeschädigt das Gebiet passiren zu können.

Den Pariser Abendblättern vom 25. d. zufolge, ist bis jetzt die Convention, welche den Termin zur Räumung Syriens auf den 5. Juni verlängert, noch nicht definitiv unterzeichnet.

Die Türkei ist noch im Rückstande. Es heißt, Frankreich wolle 2500 Mann

über Bord werfen würden. Es gibt große persönliche Unimostitäten in den Duvelieren, die sich über den Brief des Herrn Herzogs von Lumale sehr gefreut haben; denn derselbe ist gegen den rothen Prinzen als eine zweischneidige Waffe zu benutzen, und er wird als solche benutzt; man sagt dem armen Sohn des feu le Roi de Westphalie ganz ruhig: „geh hin und duelliere dich mit dem Herzog von Lumale, welcher ein ganz ausgezeichneter Pistolenschütze ist, oder trage den Rubm einer Philosophie, die nicht Ledermanns Sache ist!“ Es gibt Leute genug, welche die Veröffentlichung des Lumale-Briefes für unmöglich erklären Connivenz von gewisser Seite.

Landtags-Angelegenheiten.

Lemberg, 24. April. Die siebente Sitzung des Landtags wurde um 10½ Morgens durch den Landmarschall Fürsten Leo Sapieha eröffnet. Das Protokoll über die Verhandlungen in der jüngsten Sitzung wurde von dem Schriftführer Abgeordneten Batwarski verlesen und von der Versammlung genehmigt. Der Referent der speziellen Antragskommission Abgeordneter Krzeczkowicz eröffnete, es seien sowohl von Abgeordneten der Bandgemeinden als auch von jenen der Städte und des großen Grundbesitzes Anträge eingebrochen worden, welche alle dahin zielen,

damit die Angelegenheit der Servituten so bald als möglich und in der gerehesten Weise zur vollständigen Befriedigung der dabei interessirten Parteien endgültig geregelt und entschieden werde. In einem längeren Vortrage wies der Redner auf die Wichtigkeit hin, welche die Servitutenfrage für das Land hat. Im Namen der Antragskommission beantragte der Referent, der Landtag wolle beschließen: 1) an die kompetente Behörde das Ansuchen zu stellen, damit die Arbeit der zur Regelung der Servituten berufenen Kommission beschleunigt werden; 2) dem Landesausschiff wird aufgetragen, die auf die Servitutenfrage Bezug habenden Anträge der Landtagsabgeordneten einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und einen Vorschlag über die zweckmäßigsten Mittel zur endgültigen Löfung dieser Frage dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Nach einer eingehenden Debatte wurde der Vorschlag des Abgeordneten Biemjakowski, damit der Antrag der Kommission sowie alle auf die Servitutenfrage Bezug habenden Anträge der Abgeordneten dem Landtagsausschusse zur gründlichen Erwägung und Berichterstattung an den Landtag zugewiesen und schließen die französische Expeditions-Kolonne in dem kürzlich von ihr eroberten verschantzen Lager ein. An ein Vordringen in das Innere ist unter solchen Verhältnissen vorläufig nicht zu denken.

Die neuesten Nachrichten aus Saigon laufen ungünstig. Die Anamiten haben Verstärkungen erhalten und schließen die französische Expeditions-Kolonne in dem kürzlich von ihr eroberten verschantzen Lager ein.

An ein Vordringen in das Innere ist unter solchen Verhältnissen vorläufig nicht zu denken.

Die Diskussion über die wichtige Angelegenheit der Servituten nahm die Thätigkeit des Landtags bis 3 Uhr Nachmittags in Anspruch, woran die Sitzung vom Landmarschall auf 6 Uhr Abends vertagt wurde.

In der Abend Sitzung, welche um 6½ Uhr vom Landmarschall aufgenommen wurde, kam der Antrag bezüglich der Unverantwortlichkeit der Landtagsabgeordneten zur Verhandlung.

Der Referent der speziellen Antragskommission Abgeordneter Rogawski eröffnete der Versammlung, es seien in Bezug auf die Servitutenangelegenheit einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die Diskussion über die wichtige Angelegenheit der Servituten nahm die Thätigkeit des Landtags bis 3 Uhr Nachmittags in Anspruch, woran die Sitzung vom Landmarschall auf 6 Uhr Abends vertagt wurde.

In der Abend Sitzung, welche um 6½ Uhr vom Landmarschall aufgenommen wurde, kam der Antrag, der mit der Ablösung der Servituten gegenwärtig betrauten Kommission

feststellt werden, und dem Landesausschusse austragen, in Bezug auf die Servitutenangelegenheit einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Nach einer eingehenden Debatte wurde der Vorschlag des Abgeordneten Biemjakowski, damit der Antrag der Kommission sowie alle auf die Servitutenfrage Bezug habenden Anträge der Abgeordneten dem Landtagsausschusse zur gründlichen Erwägung und Berichterstattung an den Landtag zugewiesen und schließen die französische Expeditions-Kolonne in dem kürzlich von ihr eroberten verschantzen Lager ein.

An ein Vordringen in das Innere ist unter solchen Verhältnissen vorläufig nicht zu denken.

Nachdem die Abgeordneten Graf Wokowski, Dr. Bokowski und Seidler sowie der Referent der Kommission Abg. Rogawski diesen Antrag begründet hatten, wurde derselbe mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschluss erhoben.

Hierauf trug der Abg. Smarzewski als Referent der speziellen Antragskommission nachstehenden Antrag des Abg. Krzeczonowicz, betreffend die Konstituierung und Organisierung des Landesausschusses vor: Der Landtag beschließt: 1. Der Landesausschuss wird ermächtigt, nach Bedarf Beamte zur Aushilfe und zur Besorgung der Kanzleigeschäfte einzunehmen. 2. Der Landesausschuss wird vom Landtag ermächtigt, die hierzu nötigen Auslagen aus dem Landesfonde zu decken. Der Landtag behält sich die Systemisierung des Beamtenstatuts für den Landesausschuss vor.

Dieser Antrag wurde nach einer kurzen Motivierung von Seite des Referenten mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschluss erhoben.

Der Abg. Dr. Dietl brachte hierauf folgenden Antrag vor: Der Landtag wolle beschließen: 1) damit mit dem nächsten Schuljahr in allen drei Fakultäten der Krakauer Universität für alle Gegenstände die polnische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt werde; 2) damit bis zur Sanktionierung dieses Landtagsbeschlusses die Stellen derjenigen Professoren der Krakauer Universität, welche der polnischen Sprache nicht mächtig sind, im Grunde allerhöchster Entschließung vom 29. Februar l. J. durch Männer ersetzt werden, welche der polnischen Sprache vollkommen mächtig sind; 3) damit der Ministerialerlass vom 13. Februar 1861 in Betreff der Einführung der polnischen Unterrichtssprache an der Krakauer Universität in den öffentlichen Regierungsbüchern veröffentlicht werde; 4) der Landesausschuss wird mit der Vollziehung dieser Beschlüsse betraut.

Dieser Antrag wurde nach einer ausführlichen Begründung von Seiten des Antragstellers mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschluss erhoben.

Schließlich legte der Abgeordnete Dr. Dietl als Referent der speziellen Antragskommission folgenden Antrag des Abg. Wielogłowski vor: Der Landtag beschließt: 1) damit die in Krakau bestehende technische Schule auf die Stufe einer höheren Lehranstalt gebracht, und mit derselben eine Gewerbeschule sowie eine Schule des Bergbaues verbunden werde; 2) damit die Lehranstalt der durch Ernennung von polnischen Lehrern für alle Fächer ein nationales Bildungs-Institut werde; 3) damit die Lehrer dieser Lehranstalt gebürgt werden.

Der Abg. Dr. Dietl trägt im Namen der Kommission an, damit der Landesausschuss nach geeigneter Prüfung dieser Angelegenheit die gehörigen Schritte zur Erledigung derselben vornehme.

Dieser Antrag wurde nach vorhergegangener Motivierung durch den Antragsteller Abg. Wielogłowski vom Landtag mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschluss erhoben.

Die Sitzung wurde um 8½ Uhr abends vom Landmarschall geschlossen und die nächste Sitzung auf den 25. April anberaumt.

Lemberg, 25. April. Die achte Sitzung des Landtages wurde heute um 10½ Uhr vom Landmarschall Fürsten Leo Sapieha eröffnet. Nachdem das Protokoll der jüngsten Sitzung vom Schriftführer Abgeordneten Satwarski verlesen und von der Versammlung genehmigt worden war, wurde über Antrag des Referenten der Wahlprüfungskommission Abgeordneten Lawrowski die Wahl des Abgeordneten Lazar Dubs einstimmig bestätigt. Hierauf leisteten die Abgeordneten Lazar Dubs und Anton Panocki nach der vorgeschriebenen Formel das Angelobnis an Eidesstatt in die Hände des Landmarschalls.

Sodann wurde der vom Abgeordneten Krzeczonowicz eingebrachte motivirte Antrag folgenden Inhalts: „1. Der Landtag wird die Allerhöchste Sanktion erwirken, damit die Arbeiten der gegenwärtig bei der Katastralabschätzung thätigen Organe sistiert werden. 2. dem Landesausschuss wird aufgetragen, die Angelegenheit des Katasters einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und dem Landtag einen darauf Bezug habenden Gesetzentwurf vorzulegen“ — mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschluss erhoben; zugleich wurde über Antrag des Abgeordneten Wielogłowski beschlossen, damit von Seiten des Landtags mit Rücksicht auf das Krakauer Gebiet an Se. Majestät den Kaiser die Bitte um eine Revision der Katastralakten gerichtet werde.

Zunächst wurde der vom Referenten der Antragskommission Abgeordneten Smarzewski gestellte Antrag: „Der Landesausschuss wird: 1.) einen Gesetzentwurf wegen Abänderung der Landtags-Wahlordnung, 2.) einen Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung des Landesstatuts dem Landtag vorlegen.“ — mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschluss erhoben.

Der Abgeordnete Helcel stellte aus Anlaß einer, von einigen Bewohnern Krakaus' eingebrachten Petition die Anfrage an den anwesenden k. k. Statthalterei-Vize-Präsidenten Karl Ritter von Mosch, „in wiefern die gegen die Studenten in Krakau in neuester Zeit ergriffenen Polizei-Maßregeln stattgefunden haben.“ Der Herr Statthalterei-Vize-Präsident erwiderte, die Regierung habe sich verpflichtet gefühlt, ein kleines Uebel zu beseitigen um einem größeren vorzubeugen.

Die Versammlung übergang zur Tagesordnung, worauf einhellig beschlossen wurde, den Landesausschuss mit der Ausarbeitung und Vorlage eines Entwurfs der Gemeindeordnung zu betrauen.

Der auf der Tagesordnung stehende Antrag bezüglich der Verbesserung der Subsistenz der niederen Geistlichkeit, daß namentlich dem Landesausschusse aufgetragen werde, diese Angelegenheit zu prüfen und sönlich unterbreiten. Auch wird an Se. Majestät die Bitte gestellt, daß es dem Patriarchen erlaubt sei,

kam über Antrag des Abg. Szwedzki als ungezeitiges nicht zur Abstimmung.

Hierauf wurde der im Namen der Antrags-Kommission vom Abg. Adam Grafen Potocki gestellte Antrag, damit der Landesausschuss ein Projekt zur Einführung des mündlichen und öffentlichen Gerichtsverfahrens ausarbeitete und dem Landtag vorlege, einstimmig zum Beschluss erhoben.

Der Abg. Smarzewski eröffnete, es seien zwei Anträge und zwar von den Abgeordneten Kurylowicz und Baum, betreff der Einführung der Grundbücher und der Errichtung von Kreditanstalten für die Landgemeinden, eingebracht worden. Über Antrag des Referenten wurden diese Anträge dem Landesausschuss zur Prüfung und seinerzeitigen Berichterstattung zu gewiesen.

Ein weiterer Antrag der Kommission, „damit die Nasta (Bergöl) nicht als Bergregale erklärt, und die Ministerialverordnung vom 16. November 1860, womit die Nasta als Bergregale anerkannt wird, außer Kraft gesetzt werde,“ — wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.

Am Schlusse der Sitzung zeigte der Abg. Fürst Georg Lubomirski an, er habe zwei Anträge, einen in Bezug auf das Ossolińskische Institut, den zweiten in Bezug auf die Einführung der polnischen und ruthenischen Sprache, auf den Thron des Hauses niedergelegt und gebeten, daß über diese Anträge in der morgigen Sitzung der Beschluss gefasst werde.

Die Sitzung wurde um 3 Uhr Nachmittags vom Landmarschall geschlossen; die nächste Sitzung auf den 26. April 10 Uhr Morgens anberaumt.

In einer Erklärung der slavischen Abgeordneten am mährischen Landtag heißt es: Wir sind der Überzeugung, daß nur in der Anerkennung der Selbständigkeit der einzelnen Länder des Reiches als autonome Rechtsindividualitäten, dann in der Abrechnung aller jener Besigungen an die Centralregierung, welche das kais. Diplom vom 20. Oct. 1860 rücksichtlich aller Länder gleichmäßig für die Reichsgewalt in Anspruch genommen hat, eine segensreiche Gestaltung und Machtentwicklung Österreichs möglich ist. Insbesondere können wir über die so oft mißverstandenen Begriffe des staatsrechtlichen Zusammenhangs der Länder der böhmischen Krone klar und bestimmt aussprechen, daß wir darunter dasselbe Verhältniß dieser drei Länder zu einander verstehen, welches von jeher bestanden hat und welches Verhältniß bei der Erörterung Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand I., als König von Böhmen des V., das letzte Mal die sichtbare Anerkennung fand. Die Zusammengehörigkeit dieser drei Länder unter Einem Herrscher, dabei das Selbstbestimmungsrecht in eigenen Landesangelegenheiten, welches der österreichische Reichsrath machen wird, um den Wohl man in Pesth die ersten Schritte beobachten, welche der österreichische Reichsrath machen wird, um ungarischer Seite den politischen Feldzug darnach einzurichten. Bis zur Stunde hat der ungarische Landtag sich offiziell durchaus noch nicht ausgesprochen, daß er die Wahlen für den Reichsrath nicht vorzunehmen gedenkt. Vielleicht beabsichtigt man diese definitive Erklärung noch einige Wochen hinzuhalten, um den Wiener Reichsrath in die Falle zu locken, sich mit Reichsangelegenheiten zu beschäftigen in Abwesenheit der Ungarn. Man weiß in Pesth, daß die Finanzlage Österreichs der Art ist, daß man sie nicht lange ohne Ablösung lassen kann und daß eine Regierungsvorlage in dieser Richtung vielleicht schon in den ersten Tagen nach dem Zusammentritt des Reichsrates erfolgen werde. Je länger also der ungarische Landtag seine definitiven Erklärungen über sein Verhältniß zum Reichsrath hinzuhalten im Stande ist, um so größer werden die Verlegenheiten der Regierung und auch die des Reichsrathes, der, so lange die Erklärung der Ungarn nicht vorliegt, seine Thätigkeit in allgemeinen Reichsangelegenheiten entweder suspendieren muß, oder durch eine Inangriffnahme derselben den Ungarn Gelegenheit zu Protesten und einer Reihe sich daran knüpfender Folgerungen gibt. Das österreichische Parlament muß daher nach verschiedenen Richtungen hin auf seiner Hut sein. Bevor nicht die Stellung Ungarns zu dem Reichsrath klar und in legaler Form entschieden ist, kann und darf es sich auf nichts einlassen, was eine Reichsfrage ist und in den Wirkungskreis des gemeinsamen Reichsrathes gehört. Erst, wenn die Nichtbeschickung seitens des ungarischen Landtages als Beschluss derselben vorliegen wird, dann erst kann es an der Zeit sein, daß der österreichische Reichsrath seinerseits zu einer Beschlussfassung schreitet! Diese ganze Debatte ergriffen Polizei-Maßregeln stattgefunden haben.“

Der Herr Statthalterei-Vize-Präsident erwiderte, die Regierung habe sich verpflichtet gefühlt, ein kleines Uebel zu beseitigen um einem größeren vorzubeugen. D. R.

In Pesth ist am 27. d. der gewogene Alterspräsident des ungarischen Landtages, Paloczy, gestorben.

Die „Ostdeutsche Post“ weist darauf hin, daß die ungarische Landesvertretung, welche in Pesth scheinbar die Zeit mit Prüfungen der Wahl verzettelt, dabei einen tiefer liegenden Zweck verfolgt. Die Eröffnung der Debatten wird absichtlich hinausgeschoben und die Wahlprüfungen sind bloß ein formaler Vorwand, um jene Absicht nicht auffällig zu machen. Offenbar will man in Pesth die ersten Schritte beobachten, welche der österreichische Reichsrath machen wird, um ungarischer Seite den politischen Feldzug darnach einzurichten. Bis zur Stunde hat der ungarische Landtag sich offiziell durchaus noch nicht ausgesprochen, daß er die Wahlen für den Reichsrath nicht vorzunehmen gedenkt. Vielleicht beabsichtigt man diese definitive Erklärung noch einige Wochen hinzuhalten, um den Wiener Reichsrath in die Falle zu locken, sich mit Reichsangelegenheiten zu beschäftigen in Abwesenheit der Ungarn. Man weiß in Pesth, daß die Finanzlage Österreichs der Art ist, daß man sie nicht lange ohne Ablösung lassen kann und daß eine Regierungsvorlage in dieser Richtung vielleicht schon in den ersten Tagen nach dem Zusammentritt des Reichsrates erfolgen werde. Je länger also der ungarische Landtag seine definitiven Erklärungen über sein Verhältniß zum Reichsrath hinzuhalten im Stande ist, um so größer werden die Verlegenheiten der Regierung und auch die des Reichsrathes, der, so lange die Erklärung der Ungarn nicht vorliegt, seine Thätigkeit in allgemeinen Reichsangelegenheiten entweder suspendieren muß, oder durch eine Inangriffnahme derselben den Ungarn Gelegenheit zu Protesten und einer Reihe sich daran knüpfender Folgerungen gibt. Das österreichische Parlament muß daher nach verschiedenen Richtungen hin auf seiner Hut sein. Bevor nicht die Stellung Ungarns zu dem Reichsrath klar und in legaler Form entschieden ist, kann und darf es sich auf nichts einlassen, was eine Reichsfrage ist und in den Wirkungskreis des gemeinsamen Reichsrathes gehört. Erst, wenn die Nichtbeschickung seitens des ungarischen Landtages als Beschluss derselben vorliegen wird, dann erst kann es an der Zeit sein, daß der österreichische Reichsrath seinerseits zu einer Beschlussfassung schreitet! Diese ganze Debatte ergriffen Polizei-Maßregeln stattgefunden haben.“

Der Herr Statthalterei-Vize-Präsident erwiderte, die Regierung habe sich verpflichtet gefühlt, ein kleines Uebel zu beseitigen um einem größeren vorzubeugen. D. R.

In Pesth ist am 27. d. der gewogene Alterspräsident des ungarischen Landtages, Paloczy, gestorben.

Die „Ostdeutsche Post“ weist darauf hin, daß die ungarische Landesvertretung, welche in Pesth scheinbar die Zeit mit Prüfungen der Wahl verzettelt, dabei einen tiefer liegenden Zweck verfolgt. Die Eröffnung der Debatten wird absichtlich hinausgeschoben und die Wahlprüfungen sind bloß ein formaler Vorwand, um jene Absicht nicht auffällig zu machen. Offenbar will man in Pesth die ersten Schritte beobachten, welche der österreichische Reichsrath machen wird, um ungarischer Seite den politischen Feldzug darnach einzurichten. Bis zur Stunde hat der ungarische Landtag sich offiziell durchaus noch nicht ausgesprochen, daß er die Wahlen für den Reichsrath nicht vorzunehmen gedenkt. Vielleicht beabsichtigt man diese definitive Erklärung noch einige Wochen hinzuhalten, um den Wiener Reichsrath in die Falle zu locken, sich mit Reichsangelegenheiten zu beschäftigen in Abwesenheit der Ungarn. Man weiß in Pesth, daß die Finanzlage Österreichs der Art ist, daß man sie nicht lange ohne Ablösung lassen kann und daß eine Regierungsvorlage in dieser Richtung vielleicht schon in den ersten Tagen nach dem Zusammentritt des Reichsrates erfolgen werde. Je länger also der ungarische Landtag seine definitiven Erklärungen über sein Verhältniß zum Reichsrath hinzuhalten im Stande ist, um so größer werden die Verlegenheiten der Regierung und auch die des Reichsrathes, der, so lange die Erklärung der Ungarn nicht vorliegt, seine Thätigkeit in allgemeinen Reichsangelegenheiten entweder suspendieren muß, oder durch eine Inangriffnahme derselben den Ungarn Gelegenheit zu Protesten und einer Reihe sich daran knüpfender Folgerungen gibt. Das österreichische Parlament muß daher nach verschiedenen Richtungen hin auf seiner Hut sein. Bevor nicht die Stellung Ungarns zu dem Reichsrath klar und in legaler Form entschieden ist, kann und darf es sich auf nichts einlassen, was eine Reichsfrage ist und in den Wirkungskreis des gemeinsamen Reichsrathes gehört. Erst, wenn die Nichtbeschickung seitens des ungarischen Landtages als Beschluss derselben vorliegen wird, dann erst kann es an der Zeit sein, daß der österreichische Reichsrath seinerseits zu einer Beschlussfassung schreitet! Diese ganze Debatte ergriffen Polizei-Maßregeln stattgefunden haben.“

Der Herr Statthalterei-Vize-Präsident erwiderte, die Regierung habe sich verpflichtet gefühlt, ein kleines Uebel zu beseitigen um einem größeren vorzubeugen. D. R.

In Pesth ist am 27. d. der gewogene Alterspräsident des ungarischen Landtages, Paloczy, gestorben.

Die „Ostdeutsche Post“ weist darauf hin, daß die ungarische Landesvertretung, welche in Pesth scheinbar die Zeit mit Prüfungen der Wahl verzettelt, dabei einen tiefer liegenden Zweck verfolgt. Die Eröffnung der Debatten wird absichtlich hinausgeschoben und die Wahlprüfungen sind bloß ein formaler Vorwand, um jene Absicht nicht auffällig zu machen. Offenbar will man in Pesth die ersten Schritte beobachten, welche der österreichische Reichsrath machen wird, um ungarischer Seite den politischen Feldzug darnach einzurichten. Bis zur Stunde hat der ungarische Landtag sich offiziell durchaus noch nicht ausgesprochen, daß er die Wahlen für den Reichsrath nicht vorzunehmen gedenkt. Vielleicht beabsichtigt man diese definitive Erklärung noch einige Wochen hinzuhalten, um den Wiener Reichsrath in die Falle zu locken, sich mit Reichsangelegenheiten zu beschäftigen in Abwesenheit der Ungarn. Man weiß in Pesth, daß die Finanzlage Österreichs der Art ist, daß man sie nicht lange ohne Ablösung lassen kann und daß eine Regierungsvorlage in dieser Richtung vielleicht schon in den ersten Tagen nach dem Zusammentritt des Reichsrates erfolgen werde. Je länger also der ungarische Landtag seine definitiven Erklärungen über sein Verhältniß zum Reichsrath hinzuhalten im Stande ist, um so größer werden die Verlegenheiten der Regierung und auch die des Reichsrathes, der, so lange die Erklärung der Ungarn nicht vorliegt, seine Thätigkeit in allgemeinen Reichsangelegenheiten entweder suspendieren muß, oder durch eine Inangriffnahme derselben den Ungarn Gelegenheit zu Protesten und einer Reihe sich daran knüpfender Folgerungen gibt. Das österreichische Parlament muß daher nach verschiedenen Richtungen hin auf seiner Hut sein. Bevor nicht die Stellung Ungarns zu dem Reichsrath klar und in legaler Form entschieden ist, kann und darf es sich auf nichts einlassen, was eine Reichsfrage ist und in den Wirkungskreis des gemeinsamen Reichsrathes gehört. Erst, wenn die Nichtbeschickung seitens des ungarischen Landtages als Beschluss derselben vorliegen wird, dann erst kann es an der Zeit sein, daß der österreichische Reichsrath seinerseits zu einer Beschlussfassung schreitet! Diese ganze Debatte ergriffen Polizei-Maßregeln stattgefunden haben.“

Der Herr Statthalterei-Vize-Präsident erwiderte, die Regierung habe sich verpflichtet gefühlt, ein kleines Uebel zu beseitigen um einem größeren vorzubeugen. D. R.

In Pesth ist am 27. d. der gewogene Alterspräsident des ungarischen Landtages, Paloczy, gestorben.

Die „Ostdeutsche Post“ weist darauf hin, daß die ungarische Landesvertretung, welche in Pesth scheinbar die Zeit mit Prüfungen der Wahl verzettelt, dabei einen tiefer liegenden Zweck verfolgt. Die Eröffnung der Debatten wird absichtlich hinausgeschoben und die Wahlprüfungen sind bloß ein formaler Vorwand, um jene Absicht nicht auffällig zu machen. Offenbar will man in Pesth die ersten Schritte beobachten, welche der österreichische Reichsrath machen wird, um ungarischer Seite den politischen Feldzug darnach einzurichten. Bis zur Stunde hat der ungarische Landtag sich offiziell durchaus noch nicht ausgesprochen, daß er die Wahlen für den Reichsrath nicht vorzunehmen gedenkt. Vielleicht beabsichtigt man diese definitive Erklärung noch einige Wochen hinzuhalten, um den Wiener Reichsrath in die Falle zu locken, sich mit Reichsangelegenheiten zu beschäftigen in Abwesenheit der Ungarn. Man weiß in Pesth, daß die Finanzlage Österreichs der Art ist, daß man sie nicht lange ohne Ablösung lassen kann und daß eine Regierungsvorlage in dieser Richtung vielleicht schon in den ersten Tagen nach dem Zusammentritt des Reichsrates erfolgen werde. Je länger also der ungarische Landtag seine definitiven Erklärungen über sein Verhältniß zum Reichsrath hinzuhalten im Stande ist, um so größer werden die Verlegenheiten der Regierung und auch die des Reichsrathes, der, so lange die Erklärung der Ungarn nicht vorliegt, seine Thätigkeit in allgemeinen Reichsangelegenheiten entweder suspendieren muß, oder durch eine Inangriffnahme derselben den Ungarn Gelegenheit zu Protesten und einer Reihe sich daran knüpfender Folgerungen gibt. Das österreichische Parlament muß daher nach verschiedenen Richtungen hin auf seiner Hut sein. Bevor nicht die Stellung Ungarns zu dem Reichsrath klar und in legaler Form entschieden ist, kann und darf es sich auf nichts einlassen, was eine Reichsfrage ist und in den Wirkungskreis des gemeinsamen Reichsrathes gehört. Erst, wenn die Nichtbeschickung seitens des ungarischen Landtages als Beschluss derselben vorliegen wird, dann erst kann es an der Zeit sein, daß der österreichische Reichsrath seinerseits zu einer Beschlussfassung schreitet! Diese ganze Debatte ergriffen Polizei-Maßregeln stattgefunden haben.“

Der Herr Statthalterei-Vize-Präsident erwiderte, die Regierung habe sich verpflichtet gefühlt, ein kleines Uebel zu beseitigen um einem größeren vorzubeugen. D. R.

In Pesth ist am 27. d. der gewogene Alterspräsident des ungarischen Landtages, Paloczy, gestorben.

Die „Ostdeutsche Post“ weist darauf hin, daß die ungarische Landesvertretung, welche in Pesth scheinbar die Zeit mit Prüfungen der Wahl verzettelt, dabei einen tiefer liegenden Zweck verfolgt. Die Eröffnung der Debatten wird absichtlich hinausgeschoben und die Wahlprüfungen sind bloß ein formaler Vorwand, um jene Absicht nicht auffällig zu machen. Offenbar will man in Pesth die ersten Schritte beobachten, welche der österreichische Reichsrath machen wird, um ungarischer Seite den politischen Feldzug darnach einzurichten. Bis zur Stunde hat der ungarische Landtag sich offiziell durchaus noch nicht ausgesprochen, daß er die Wahlen für den Reichsrath nicht vorzunehmen gedenkt. Vielleicht beabsichtigt man diese definitive Erklärung noch einige Wochen hinzuhalten, um den Wiener Reichsrath in die Falle zu locken, sich mit Reichsangelegenheiten zu beschäftigen in Abwesenheit der Ungarn. Man weiß in Pesth, daß die Finanzlage Österreichs der Art ist, daß man sie nicht lange ohne Ablösung lassen kann und daß eine Regierungsvorlage in dieser Richtung vielleicht schon in den ersten Tagen nach dem Zusammentritt des Reichsrates erfolgen werde. Je länger also der ungarische Landtag seine definitiven Erklärungen über sein Verhältniß zum Reichsrath hinzuhalten im Stande ist, um so größer werden die Verlegenheiten der Regierung und auch die des Reichsrathes, der, so lange die Erklärung der Ungarn nicht vorliegt, seine Thätigkeit in allgemeinen Reichsangelegenheiten entweder suspendieren muß, oder durch eine Inangriffnahme derselben den Ungarn Gelegenheit zu Protesten und einer Reihe sich daran knüpfender Folgerungen gibt. Das österreichische Parlament muß daher nach verschiedenen Richtungen hin auf seiner Hut sein. Bevor nicht die Stellung Ungarns zu dem Reichsrath klar und in legaler Form entschieden ist, kann und darf es sich auf nichts einlassen, was eine Reichsfrage ist und in den Wirkungskreis des gemeinsamen Reichsrathes gehört. Erst, wenn die Nichtbeschickung seitens des ungarischen Landtages als Beschluss derselben vorliegen wird, dann erst kann es an der Zeit sein, daß der österreichische Reichsrath seinerseits zu einer Beschlussfassung schreitet! Diese ganze Debatte ergriffen Polizei-Maßregeln stattgefunden haben.“

Der Herr Statthalterei-Vize-Präsident erwiderte, die Regierung habe sich verpflichtet gefühlt, ein kleines Uebel zu beseitigen um einem größeren vorzubeugen. D. R.

In Pesth ist am 27. d. der gewogene Alterspräsident des ungarischen Landtages, Paloczy, gestorben.

Die „Ostdeutsche Post“ weist darauf hin, daß die ungarische Landesvertretung, welche in Pesth scheinbar die Zeit mit Prüfungen der Wahl verzettelt, dabei einen tiefer liegenden Zweck verfolgt. Die Eröffnung der Debatten wird absichtlich hinausgeschoben und die Wahlprüfungen sind bloß ein formaler Vorwand, um jene Absicht nicht auffällig zu machen. Offenbar will man in Pesth die ersten Schritte beobachten, welche der österreichische Reichsrath machen wird, um ungarischer Seite den politischen Feldzug darnach einzurichten. Bis zur Stunde hat der ungarische Landtag sich offiziell durchaus noch nicht ausgesprochen, daß er die Wahlen für den Reichsrath nicht vorzunehmen gedenkt. Vielleicht beabsichtigt man diese definitive Erklärung noch einige Wochen hinzuhalten, um den Wiener Reichsrath

Petition, in welcher gegen die Ankündigung der Brandrede des Prinzen Napoleon an allen Ortschaften Frankreichs protestirt wurde, Anlaß zu einer lustigen Debatte, deren Held der Marquis v. Boissy war. „Ja“, rief er in feierlichem Tone aus, „ja, diese Publication hat ein ungeheures Factum zur Folge gehabt, ein Factum, welches selbst die Aufmerksamkeit von Rom abgelenkt hat; und dieses Factum ist ein großes, großes Unglück“... Der Präsident, der den Unrat merkte, unterbrach den gefährlichen Marquis, der aber ließ sich nicht aus der Fassung bringen und fuhr fort: „Dieses Unglück, dieses beklagenswerthe Unglück ist... jenes traurige Duell auf Broichüren!“

Die Zahl der Petitionen befußt Räumung Roms, welche in den Vorstädten zur Unterzeichnung circuliren, nimmt täglich zu. Thut die Regierung diesem Kreis keinen Einhalt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß irgend etwas im Werke ist.

Auf die gestellte Frage einer Auflösung des französischen gesetzgebenden Körpers sollen von den 89 Präfekten nur 14 eine der Regierung günstige Wahl für wahrscheinlich erklärt haben.

Spanien.

Der Herzog von Montpensier hat, nach Madrider Berichten vom 24. April, auf seine Reise nach England verzichtet. (Dies hängt mit der Aumale'schen Broschüre gegen den Prinzen Napoleon zusammen, deren Veröffentlichung die spanische Regierung aus Rücksicht für Frankreich nicht gestattete. Aus denselben Gründen wird der spanische Hof die Reise des Herzogs von Montpensier — Schwager der Königin Isabella und Bruder des Herzogs von Aumale — nach England verhindert haben.)

Großbritannien.

Erw. James, der bekannte Vertheidiger Bernard's, des Mitschuldigen von Orsini hat Schuldenhalber seinen Parlamentsstuhl aufgeben müssen. Wie es heißt, ist er sogar flüchtig geworden, mit Hinterlassung einer Schuldensumme von mehr als 120,000 Pf. Sterl.

In Malta dauern die Rüstungen ununterbrochen fort, liest man im „Pays“. Alle Kanonen nach altem Muster werden durch neue ersetzt. Die Garnison von Malta beläuft sich auf ungefähr 8000 Mann. Von dem ganzen englischen Geschwader sind gegenwärtig nur eine Fregatte und zwei Kanonenboote in dem Hafen von Malta. Sieben Linienschiffe und zwei Fregatten sind an der syrischen Küste, ein Linienschiff ist nach Gibraltar abgegangen und fünf befinden sich in Korfu.

Italien.

Nachrichten aus Genua vom 24. d. zufolge liest vor drei Tagen von dort ein Schiff unter englischer Flagge aus, welches Eigentum der dortigen Dampfschiffahrtsgesellschaft ist und Waffen und Munition nach den slavischen Provinzen der Türkei bringen soll. Das Schiff „Firenze“ führte 600 Freiwillige dahin. Am 10., 12. und 13. gingen drei Schiffe mit Kanonen nach derselben Richtung ab. Garibaldi's Freund Boni wurde nach England geschickt, um Gewehre einzukaufen und eine Anleihe abzuschließen.

In der piemontesischen Militär-Erziehungsanstalt zu Asti sind schwere Unordnungen ausgebrochen; eine Kundmachung des Kriegsministers fordert die Angehörigen der Böblinge auf, dieselben schleunigst nach Hause zu nehmen.

Verlässlichen Nachrichten zufolge fanden am 24. d.

Abends in Mailand tumultuarische Zusammenrottungen der venetianischen Emigranten statt. Dieselben durchzogen die Straßen unter dem Rufe: „Es lebe Garibaldi, es lebe die Republik.“ Die Mailänder Blätter erwähnen dieses Vorfallen nicht.

Aus Rom wird mitgetheilt, daß S. Maj. die Königin Maria von Neapel, welche sich gesegneten Leibes befindet, vor einigen Tagen von mehreren revolutionären galantuomini und zwar im St. Petersdom auf eine höchst unwürdige Weise öffentlich insuliert worden ist. Die Entrüstung über diesen Bubenstreit der Cavourianer ist ganz allgemein.

Der „Espero“ meldet die Abreise der Königin von Neapel vom 20. d.; sie begibt sich vorerst nach München. General Bosco, welcher sie bis Triest begleitet, wird dem General Benedetti einen Besuch abstatten.

Die Gerüchte von der beschlossenen theilweisen Occupation Roms durch piemontesisches Militär scheinen doch nicht so ganz aus der Lust gegriffen. Eine That, welche in einem Schreiben aus Rom, heft sich schriftlich hervor, die den diesfallsigen Plan nicht erkennen läßt. Es ist die Internirung aller bisher noch gelassenen päpstlichen Gränzposten und ihre Ersatz durch französische. Und zwar nicht nur an der Landesgränze, auch auf der Küste erfolgte während der letzten Tage dieser Besatzungswechsel. Solcher Weise haben die Franzosen alle Schlüsse und Zugänge des Landes mit der Hauptstadt selber in Händen, und es steht ganz bei ihnen, wann und wenn sie dieselben ausliefern wollen. Auch ist es eine That, daß in allen Theilen der Stadt von italienischen und französischen Agenten meublierte Zimmer und größere Wohnungen für Offiziere, wie ein zu einem Militär-Gesind passendes Local für hundert und fünfzig Offiziere gesucht werden. Die Franzosen bedürfen vergleichsweise nicht, denn sie sind damit längst und wohl versiehen. Das siebente Linienregiment von der französischen Besatzung Roms ist nach der neapolitanischen Grenze dirigirt.

Rußland.

Der „Pos. Stg.“ schreibt man aus Warschau vom 22. April: Wenn in Warschau mit aller Energie in Bezug auf das Verbot der sogenannten Landesträger verfahren wird, so scheint man in der Provinz bis jetzt darin noch ziemlich nachsichtig zu sein, und weiter man sich von Warschau entfernt, desto mehr nehmen die Kokarden und andere Abzeichen der Trauer zu, und besonders scheint Kalisch sich darin auffallend hervorzuheben. Auf dem platten Landeschen wird, der Uhu werde seine unnatürlichen Kinder eines

aber nimmt man von dieser Demonstration wenig wahr, und außer etwa der nächsten Hausbewohnerchaft der Edelleute hat überhaupt nur sehr wenige oder gar keine Beteiligung an der Trauer von Seiten der Landbewohner stattgefunden. Auch an den auf dem Lande abgehaltenen Trauermessen haben meist nur Wenige Theil genommen, und Referent war selbst in zwei Dorfkirchen Augenzeuge, wie wenig die Sache die eigentlichen Bauern berührte, und wie in der einen Kirche nur 7, in der anderen nur 5 Personen aus den sonst viel kirchlichen Sinn zeigenden Gemeinden dem Gottesdienste beiwohnten. Dagegen haben in mehreren Orten die Bauern bereits zu zeigen begonnen, daß sie die Versprechungen der Ablösung durchaus nicht in dem Sinne verstanden wissen wollen, in welchem so manche der Gutsherren sie gegeben zu haben scheinen, die die Sache mit dem Versprechen dem Anschein nach schon abgemacht wähnen. Denn in einigen Kreisen, auch z. B. im Koniner Kreise an zwei Stellen, haben die Leute die Dienstpflicht zu verweigern versucht, und die Herren, statt ihr Wort zu halten, requirierten gesetzlich Hülfe. (Von anderer Seite her wird geschrieben: Vom Lande sind die Nachrichten über die ungünstige Stimmung der Bauern gegen die Edelleute bedenklich. Der Grund liegt in den Streitigkeiten über die Höhe der Ablösung der Reallasten.) Andererseits gibt es allerdings auch Herren, welche die Sache ernst nehmen und bereits Unordnungen in dieser Rücksicht zu treffen beginnen.

Aus dem Privatschreiben eines in Warschau wohnhaften sächsischen Geschäftsmannes steht die „Lipz. Stg.“ Folgendes mit: Das Auftreten der revolutionären Banden war ein über alle Beschreibung zügelloses. Ich bin Augenzeuge der aufrührerischen Straftumulte in Deutschland vor zwölf Jahren gewesen, vergleiche ich aber die damaligen Szenen mit dem Treiben der hiesigen sogenannten „Patrioten“, die sich durchschnittlich zur gebildeten Classe zählen, so fällt das ungünstigere Resultat entschieden für die Polen aus. Ich habe hier Dinge gesehen und gehört, die sich wirklich anständigerweise gar nicht wiedergeben lassen. Es war in der That die höchste Zeit, daß Ernst gemacht wurde und das Militär energisch einschritt.

Ein Telegramm aus Petersburg, 25. April meldet: Die Generale Panjutin, Generalgouverneur von Warschau, und Generalleutnant v. Kobebus haben für die von ihnen geleisteten Dienste, der Erste 7498 der Letztere 6477 Dessässinen Land vom Kaiser zum Geschenk erhalten. Außerdem wird noch gemeldet: Der Geheimrath Muchanoff und der Oberst Trepoff, Oberpolizeimeister während der Warschauer Vorgänge am 25. und 27. Februar, sollen bei S. Maj. dem Kaiser lange Audienzen gehabt haben. Letzterer ist bei seiner Verabschiedung zum Generalmajor befördert und mit einem schönen Grundstück in Kiew beschenkt worden. Außerdem erhält derselbe aus dem Schatz des Königreichs Polen eine lebenslängliche jährliche Pension von 3750 Rubl. Der General Babolschkoj der am 27. Februar d. J. hat feuern lassen, ist dem Kriegsministerium in St. Petersburg attachirt worden. Der Generaladjutant v. Kobebus hat einen mehrmonatlichen Urlaub in's Ausland erhalten, und auch der Fürst-Staatsalter Gorschoff soll sich vor kurzem dahin geäußert haben, daß er sich nach glücklicher Pacificirung des Königreichs ganzlich in's Privatleben zurückzuziehen gedenke.

Das „Journal de St. Petersburg“ vom 27. d. erklärt sich ermächtigt, die von auswärtigen Journals gebrachte Nachricht von in Kiew stattgehabten Ruhestörungen kategorisch zu dementiren. Die Ordnung sei dafelbst nirgend gestört worden und hätten sich diejenigen, welche der Leichenfeier beigewohnt, friedlich getrennt.

Amerika.

Nachrichten aus Buenos-Ayres bringen schwierhafte Einzelheiten über ein Gefecht in der Nähe von San Juan. Am 11. Jänner rückte Oberst Sax mit 1800 Mann bis fünf Stunden vor die Stadt. Der Gouverneur derselben, Dr. Aberastain (sic! wohl ein verkehrter deutscher Name) zog ihm mit 1500 Mann, theils Soldaten, theils Kaufleute, entgegen. Der Gouverneur wurde nach einem dreistündigen heftigen Gefechte mit einem Verluste von 400 Toten und 300 Verwundeten in die Stadt zurückgeworfen. Am folgenden Tage rückte Sax ein; der unglückliche Gouverneur wurde fälschlich, die Einwohnerschaft einer erbarmungslosen Plünderung preisgegeben. Die Schweizer des Gouverneurs wurden nach dem Markt geschleppt. Man riß ihnen die Kleider vom Leib, band sie mit Stricken um den Hals an Pferde und verübte noch andere Grauel an ihnen, welche die Feder sich sträubt, wiederzugeben.

Ein Deutsch-Böhme, Friedr. Hoffaurek, ein noch junger Mann, früher Redakteur eines antiklericalen Wochenblattes in Cincinnati, ist Minister-Rats-Präsident der nordamerikanischen Unionstaaten in Ecuador geworden.

Bermischtes.

* [Naturgeschichtliche Merkwürdigkeit.] Der Berg- und Hüttendirektor Dr. Alois Scholz in Böptau beschreibt einen Uhu der größten Gattung mit einem gewaltigen Schnabel und respektvollen Fängen. Dieser Uhu legte vor einigen Wochen ein Ei und ließ sich an, darüber zu hören und zu brüten. Dies bewog nun den Hrn. Bergdirektor, dem Uhu auch Hühnereier unterzulegen, und siehe da, das Uhu ei verdaubt, aber dagegen hat der Uhu junge Hühner ausgebrütet, welche er schon seit mehreren Tagen mit der größten mühterlichen Sorgfalt pflegt, und mit gesträubten Federn drückend gegen jeden Federmann verschließt. Um die jungen Hühner füttern zu können, muß man den rabilsten Uhu mittels einer Stange, in die er sich verbeiht, in die Ecke seines großen hölzernen Käfigs legen, auf den weiteren Erfolg dieser widernatürlichen Pflege ist man sehr gespannt, da von mancher Seite die Befürchtung ausgesprochen ist, daß der Uhu werde seine unnatürlichen Kinder eines

schnönen Abends verspeisen, obwohl die bisherige vorsorgliche Behandlung, die er den Hühnern erweist, zur Höflichkeit, daß er sie auch großziehen werde.

** An der Stelle, wo fürlach der Dampfer „Ludwig“ auf dem Bodensee in Folge eines Zusammenschlusses mit einem anderen Schiffe in der Nähe von Lindau untergegangen ist, wurden am 17. April die ersten unterseeischen Untersuchungen vorgenommen. Die Tiefe des Sees ist an jener Stelle etwas über 60 Fuß. Das Wasser ist klar und hell, gesichtet aber den Tauchern doch nur ein Ansichtswerden der Gegenstände in einer Entfernung von zwei Fuß. An dem Borddeck fanden sich die mit untersetzten Thiere, die Beweisung soll noch wenig vorgeschritten sein. Auf dem Hinterdeck sind noch die Fruchtfäste vorhanden. Alle Gegenstände erscheinen mit einem grauen Überzuge bedekt. Von den Leichen der verunglückten Personen wurde nichts wahrgenommen; wahrscheinlich wurden sie vom Schiffe weggeschwemmt.

*** Albert de Lamalle hat fürlich der Akademie de Medicine einen Soldaten vorgestellt, den er vor zwei Jahren am Stirnbein seines Kopfes in Folge einer Flintenpfeil trepaniert hatte, die 22 Monate unmittelbar an der Dura mater im Schädel gewesen war. Der Knochenabstand verlor durch Knorpelwachstum erneut und das Loch im Stirnbein ganz geschlossen. Da durch diesen Fall das physiologische Gesetz über die Regeneration der Knochen außer Zweifel gestellt ist, so ist damit auch die von der Academie de Sciences in Paris ausgeschriebene Preisfrage, auf deren Beantwortung 20,000 Francs gestellt sind, eigentlich als erledigt anzusehen.

**** Englands ältester Einwohner ist dieser Tage zu Rochedale in seinem 104. Jahre geforben. Der Verstorbene, John Hill, wurde in einem Dorfe in Sussex im Jahre 1758 geboren, betrieb in früherer Zeit Landbau, und war seinerenthalts am 26. März Gauner ein großartiges Diebstahlprojekt in's Werk gesetzt. Sie hatten das an die New-Yorker Exchange-Bank anliegende Haus gemietet, um von da einen unterirdischen Gang zu den Bankgewölben zu graben. Das gelang ihnen auch, als sie aber mit der Spaltung des eisernen Geldschrankes, der etwa eine halbe Million Dollars enthielt, beschäftigt waren, wurden sie durch die Ankunft des Gouverniers überwacht.

**** Bei Gelegenheit der neuen Beobachtungen im Washington sind im Ganzen nicht weniger als 11 oder 12 Journalisten in diplomatischen Ställen berufen worden, ungerichtet die weniger anspruchsvollen, aber zum Theil recht einträglichen Temter im Innern, zu denen Angehörige des „vierter Standes“ berufen sind.

**** In Dänemark, schreibt der „Arbeitgeber“, sei das Briefgeheimnis nicht mehr sicher. Alle an hervorragende Deutsche gerichteten Briefe würden vor der Abgabe gelesen.

**** In New-York haben am 26. März Gauner ein großartiges Diebstahlprojekt in's Werk gesetzt. Sie hatten das an die New-Yorker Exchange-Bank anliegende Haus gemietet, um von

da einen unterirdischen Gang zu den Bankgewölben zu graben. Das gelang ihnen auch, als sie aber mit der Spaltung des eisernen Geldschrankes, der etwa eine halbe Million Dollars enthielt, beschäftigt waren, wurden sie durch die Ankunft des Gouverniers überwacht.

**** Bei Gelegenheit der neuen Beobachtungen im Washington sind im Ganzen nicht weniger als 11 oder 12 Journalisten in diplomatischen Ställen berufen worden, ungerichtet die weniger anspruchsvollen, aber zum Theil recht einträglichen Temter im Innern, zu denen Angehörige des „vierter Standes“ berufen sind.

**** Aus Mesopotamien meldet man, daß im Laufe des letzten Winters dort ganz unerhörte Weise, in Bagdad und Mosul nicht nur drei ganze Tage hindurch zwei Fuß hoher Schnee gelegen hat, sondern auch der Euphrat zugeschoren gelegen ist.

**** In den Südhäfen von Amerika werden auch die Schulkinder streng überwacht, ob sie nichts gegen die Sklaverei enthalten. So wurde aus einem der Geschichten Joseph's ausgetilgt, weil die Schulkinder gefragt hatten, ob es denn nicht Unrecht gewesen, daß Joseph nach Ägypten in die Sklaverei verkauft wurde, und nach Bezahlung dieser Forderung fortzuhören, ob es denn nicht auch Unrecht wäre, ihre Brüder und Schwestern in die Sklaverei verkauft zu lassen.

**** Aus Mesopotamien meldet man, daß im Laufe des letzten Winters dort, ganz unerhörte Weise, in Bagdad und Mosul nicht nur drei ganze Tage hindurch zwei Fuß hoher Schnee gelegen hat, sondern auch der Euphrat zugeschoren gelegen ist.

**** Ostern fiel dieses Jahr auf den 31. März. Bekanntlich ist Ostern ein bewegliches Fest, dessen Datum vom Mond bestimmt wird. Das Concil von Nizza entschied, daß Osterfest auf den ersten Sonntag nach dem auf den 21. März folgenden Vollmond fallen solle. Tritt der Vollmond am 21. März ein, und dieser ist ein Samstag, so fällt Ostern auf den 22. März. Ostern kann nie vor dem 22. März und nie nach dem 25. April eintreten; der 25. April ist das äußerste Datum. In unserem Jahrhundert fällt Ostern bloß ein einziges Mal auf den 25. April, nämlich 1856. Der 25. April ist Martinstag; in jenem Jahre fällt der Charfreitag auf den 23. April, Sanct Jürgenstag; Fronleichnam aber auf Johannistag. Ein alte Prophethet, die Nostradamus in seinen Centurien wiederholt, sagt:

Wann Jürgen Gott am Kreuz austreikt,
Wann Markus ihn dann auferweckt,
Und Sanct Johann ihn dann wird tragen,

Dann hat die Weltendstund' geschlagen.

Nach dieser Weissagung müßte also das Weltende im Jahre 1856 eintreten.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 29. April.

* Auf der Durchreise nach Prag begriffen, hielt sich gestern der fröhliche Höhstdomäne von Galizien K. M. Melzer von Klemes hier auf. Abends wurde demselben von der Militärkapelle des Infanterie-Regt. König v. Hannover eine Serenade gebracht.

* In Wiener Blättern wird der Abgeordnete, welcher seine Ausschüttstelle niedergelegt, Bortowski genannt. Diese Angabe ist irrig. Der Abg. Bortowski hat auf seine Stelle als Landes- und Stadtrat resigniert.

* In Beendigung des seiner Zeit erwähnten dogmatischen Streites, dessen Schluß Se. Ex. der Apostolische Nuntius in Wien Erzbischof Lucera sich angelegen hielt, und auf den den fröhlichen Rath dieses Kirchenfürsten veröffentlicht der demselben Unterzeichnete P. Valerian Swiatowski, folgendes, Krakau, 20. April 1861 datirt. Document:

DECLARATIO.

Quam verba et sensa in libello condonentiae Sanctissimo Patri et Domino Pio IX Summo Pontifici nomine Cleri et populi Cracoviensis Dioecesis inscripto non aliiter intelligenda sint, quam eodem animo et mente qua caeteri orbis catholicorum Episcopi et fideles eosdem fideli observantiae sensus significaverunt et professi sunt, ego infrascriptus revoco et retracto quae contra Administratorem dioecesarum protuli putans in ipso libello errores contra catholicum dogma contineri. Ideoque scandali me poenitet, quod fidelibus hac ex causa nesciens et nolens dederim illudque pro viribus mea agendi ratione in posterum emendare studebo.

* In Folge des eingelagerten Recurzes ist, wie der „Czas“ aus guter Quelle erfährt, der Termin der Suspensions-Verhandlung des Lemberger „Przegląd Powozczyński“ um die Hälfte verkürzt worden, so daß das Blatt mit dem 1. Juni wieder erscheinen wird.

Mailand, 27. April. Viele venezianischen Emigranten, die am 23. d. an der hier stattgehabten Demonstration teilgenommen, wurden verhaftet.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Bozek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 27. April.

Angelommen sind die Herren Gutsbesitzer: Ladislao Dabrowski aus Woinisz, Kazimir Einowitz, Adam Michalowski, Karl Stryzowski, Anastas Wielogłowski aus Polen. Josef Lewarski aus Drobojowice. Johann Starowatz aus Piaski.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Ladislao Bobrowski nach Przeworsk, Josef Konopka nach Mogilany, Johann Kepinski nach Szczekowa, Marek Pieniążek nach Łosiny, Felicjan Szylakowski nach Rzepów.

Am 28. April 1861.

Angelommen sind die Herren Gutsbesitzer: Stanislaus Jabłowski aus Stornice, Józef Michałowski, Nepomucen Szymański, aus Galizien.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Titus Drohojewski nach Rzepów, Eduard Stanowski, Anastas Wielogłowski nach Polen.

Mitsblatt.

3. 1867. Edict. (2720. 1-3)

Nom Rzeszower k. k. stadt. deleg. Bezirksgerichte wird über das von Abraham Blut und Joachim Chajes einverständlich mit der Rzeszower k. k. Verpflegs-Magazins-Verwaltung überreichten Gesuches wird allen Jenen, welche sich im Besitz des von der Rzeszower k. k. Militär-Magazins-Verpflegs-Verwaltung über den von Abraham Blut und Joachim Chajes zur Sicherstellung des von denselben mit dem genannten k. k. Verpflegs-Verwaltung für die Station Ropczyce auf die Zeit vom 1. December 1860 bis 31. Juli 1861 geschlossenen Brod sub arrendirungs-Vertrages als Caution erlegten Betrages in Grundentlastungs-Obligationen des Krakau-Verwaltungs-Gebietes Nr. 2458 und 3080 jede über 50 fl. Gm., so wie auch der Nr. 9377 a. 100 fl. Gm. jede von diesen Obligationen mit dem Datum: Krakau den 1. November 1853 und 6 Stück Coupons ausgestellt und nun in Verlust gerathenen Depositen-Scheines befinden, aufgetragen, diejenen Depositen-Schein binnem einem Jahre diesem k. k. stadt. deleg. Bezirks-Gerichte vorzulegen, ansonsten dieser Depositen-Schein für ungültig erklärt, und der Aussteller dessen nicht verpflichtet sein wird.

Rzeszów, am 19. April 1861.

Nr. 1076. Abschrift (2717. 1-2) einer Kundmachung der k. k. Direction der Staats-schuld vom 16. April 1861.

- Bei der am 16. April d. J. vorgenommenen ersten Verlosung der aus der Einlösung der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen entstandenen Staatschuldverschreibungen, dann bei der hierauf vorgenommenen zwölften Verlosung der Prioritäts-Aktionen dieser Eisenbahn, sind die in den nachstehenden zwei Verzeichnissen nach der arithmetischen Reihenfolge aufgeführtene Effecte verlost worden.
- Die bare Auszahlung der verlosten Obligationen erfolgt am 1. Juli d. J. bei dem Wechselhause E. Heimann in Breslau, gegen Beibringung der Original-Obligationen, der dazu gehörigen Talons und der noch nicht fälligen Zinsen-Coupons nach dem Nominal-Betrage in Thalern preuß. Courant.
- Die verlosten Prioritäts-Aktionen der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn werden am 1. Juli d. J. bei der Landes-Hauptkasse in Krakau und zwar gleichfalls nach dem Nennbetrage in Thalern preuß. Courant, gegen Beibringung der Original-Aktionen und der noch nicht fälligen Zinsen-Coupons haart zurückgezahlt.
- Rücksichtlich des Verfahrens in jenen Fällen, wo verloste Obligationen oder Prioritäts-Aktionen, oder die noch nicht verfallenen Zinsen-Coupons oder die Talons nicht beigebracht werden können, wird sich auf die fälligen Bestimmungen der Kundmachung über die am 15. April 1851 stattgehabte Verlosung bezogen.
- Die Interessen der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen werden am Versallstage bei dem Wechselhause E. Heimann in Breslau, die Zinsen von der Prioritäts-Aktionen dieser Bahn aber bei der Landes-Hauptkasse in Krakau, gegen Beibringung und nach vorläufiger Liquidierung der bezüglichen Coupons, nach dem Nominalbetrage in Thalern preußisch Courant gezahlt.

Verzeichnis

der arithmetisch-geordneten 130 Nummern, welche am 16. April 1861 vorgenommenen ersten Verlosung der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen gezogen worden sind.

Obligationen-Nummern:

1	72	284	309	391	476	662	765	833	950	1255
1268	1329	1356	1427	1474	1591	1601	1680	1771		
1936	2118	2302	2338	2421	2762	2772	2775	2874		
3016	3151	3374	3457	3739	3791	3859	4207	4601		
4704	4837	5116	5156	5284	5523	5708	5749	5941		
6129	6729	6761	6796	7082	7291	7313	7373	7585		
7631	7638	7732	7804	7964	8108	8329	8640	8641		
8725	8933	8981	9021	9120	9172	9252	9263	9515		
9693	9819	9886	10436	10448	10526	10741	11071			
11096	11162	11400	12035	12121	12362	12595				
12849	13146	13221	13518	13553	13862	13781				
13799	14010	14024	14026	14031	14223	14243				
14286	14339	14406	14460	14502	14622	14994				
15086	15112	15406	15460	15486	15571	15633				
15693	15706	15773	15865	15919	15956	16029				
16122	16186	16274	16843	17301	17863					

Verzeichnis

der arithmetisch-geordneten 23 Nummern, welche in der am 16. April 1861 vorgenommenen zwölften Verlosung der Prioritäts-Aktionen der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn gezogen worden sind.

Prioritäts-Aktionen-Nummern:

433	442	455	576	696	752	914	1014	1113	1142
1242	1312	1403	1427	1967	2200	2238	2624	2788	
2853	3049	3392	3430						

Nusweis

über jene am 15. April 1857, 1858, 1859 und 16. April 1860 verlosten Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen und Prioritäts-Aktionen, welche bisher zur Rückzahlung nicht produziert worden sind.

A. Obligationen:

Verlost am 15. April 1857 — Nr. 1782.
Verlost am 15. April 1858 — Nr. 11141.
Verlost am 15. April 1859 — Nr. 5485, 5850.
Verlost am 16. April 1860 — Nr. 1654, 5727,

8635, 11663, 12815, 14716, 16418.

In der Buchdruckerei des „CZAS.“

B. Prioritäts-Aktionen:
Verlost am 16. April 1860 — Nr. 1359, 1765.
Bon der k. k. Direction der Staatschuld.
Wien, am 17. April 1861.

N. 471. Ankündigung. (2706. 1-3)
Wegen Verpachtung der hierstädtischen Mehtpropria-tion für die Zeit vom 1. November 1861 bis Ende October 1864 wofür der jährliche Fiscalpreis 486 fl. 78 kr. ö. W. beträgt, wird am 10. Mai 1861 eine abermalige und im nicht günstigen Falle am 31. Mai 1861 jedesmal um 9 Uhr Vormittags eine dritte Licitation abgehalten werden.

Unternehmungslustige versehen mit dem erforderlichen Badium werden mit dem Bemerkten eingeladen, daß vor Beginn der mündlichen Verhandlung auch schriftliche Offerten angenommen werden.

Magistrat, Wieliczka, am 20. April 1861.

L. 471. Obwieszczenie
W celu wydzierżawienia miejskiej propinacji miodowej na lat trzy t. j. od 1. Listopada 1861 do ostatniego Października 1864 odbędzie się w tutejszym magistracie powtórna licytacja dnia 10. Maja 1861 a w razie niepomyślnego skutku trzecia licytacja dnia 31. Maja 1861 każda razą o godzinie 9iej zrana, na którą się licytowania chęć mających z tem dodatkiem zaprasza, że przed rozpoczęciem ustnej licytacji także pisemne oferty przyjęte będą.

Cena wywołania wynosi 486 fl. 78 kr. zaś wadium 50 fl. w. a. a.

Magistrat, Wieliczka dnia 20. Kwietnia 1861.

N. 6156. Edykt. (2692. 1-3)
C. k. Sąd krajowy krakowski zawiadamia nieszym edyktem z miejsca pobytu niewiadomych sukcesorów Antoniny z Cywińskich Wewer, tu-dzież małżonków Klemensa Cywińskiego i Bara-ków z Bykowskiach Cywińską i tychże dzieci, oraz Karola i Symforę Treitler albo w razie ich śmierci tychże nieznajomych sukcesorów i praw następców o uskutecznionym na dniu 21. Listopada 1860 L. 17927 przez Domicelę Zofię 2 im. Grzybowską, Józefa Aleksego 2 im. Grzybowskiego i Aleksego Piotra 2 im. Grzybowskiego złożeniu do tutejszego depozytu sumy 976 złr. 75 kr. w. a. jako ekwiwalent kaucji wojskowej 3000 złp. w stanie biernym realności Nr. 9 Gm. VII. Piasek st. 34, 35, 48 i 49 miasto IV. now. w Krakowie n. 1 on, zaintabulowaną, którą małżonkowie Klemens Cywiński i Barbara Cywińska urodz. Bukowska aktiem z dnia 24. Lutego 1803 na rzecz ich córki Antoniny Cywińskiej później zamężnej c. k. kapitanowej Wewer zapisali i z tym dodatkiem ze załatwienia ich praw co do tego depozytu i żądanej deklaracji na wymazanie kauci-jy powyższej, kuratorem adwokat p. Szlachetowski a jego zastępcą p. adwokat Kański ustano-wiony zostań.

Kraków, dnia 15. Kwietnia 1861.

1. Bei der am 16. April d. J. vorgenommenen ersten Verlosung der aus der Einlösung der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen entstandenen Staatschuldverschreibungen, dann bei der hierauf vorgenommenen zwölften Verlosung der Prioritäts-Aktionen dieser Eisenbahn, sind die in den nachstehenden zwei Verzeichnissen nach der arithmetischen Reihenfolge aufgeführten Effecte verlost worden.

2. Diebare Auszahlung der verlosten Obligationen erfolgt am 1. Juli d. J. bei dem Wechselhause E. Heimann in Breslau, gegen Beibringung der Original-Obligationen, der dazu gehörigen Talons und der noch nicht fälligen Zinsen-Coupons nach dem Nominal-Betrage in Thalern preuß. Courant.

3. Die verlosten Prioritäts-Aktionen der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn werden am 1. Juli d. J. bei der Landes-Hauptkasse in Krakau und zwar gleichfalls nach dem Nennbetrage in Thalern preuß. Courant, gegen Beibringung der Original-Aktionen und der noch nicht fälligen Zinsen-Coupons haart zurückgezahlt.

4. Rücksichtlich des Verfahrens in jenen Fällen, wo verloste Obligationen oder Prioritäts-Aktionen, oder die noch nicht verfallenen Zinsen-Coupons oder die Talons nicht beigebracht werden können, wird sich auf die fälligen Bestimmungen der Kundmachung über die am 15. April 1851 stattgehabte Verlosung bezogen.

5. Die Interessen der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen werden am Versallstage bei dem Wechselhause E. Heimann in Breslau, die Zinsen von der Prioritäts-Aktionen dieser Bahn aber bei der Landes-Hauptkasse in Krakau, gegen Beibringung und nach vorläufiger Liquidierung der bezüglichen Coupons, nach dem Nominalbetrage in Thalern preußisch Courant gezahlt.

Die hiesige Bade-Brunnen und Molkenkur-Anstalt,

deren Ruf namentlich bei Krankheiten der Respirations- Organe, Neigung zu Katarrhen, chro-nischen Catarrh Kes Kehlkopfes, der Lufttröhre und der Brennien, Anlage zur Tuberkulose ausgebildeter Tuberkulose, ferner gegen Skrophulose — der Grundlage der Tuberkulose, allge-meiner Entkräftung nach schweren Krankheiten oder Säfte-Verlusten, Bleichsucht u. s. w. zu begründet und allgemein bekannt ist, als das eine weitere Auseinandersetzung der eigenthümlichen Wirkung unserer alkalisch-erdigen milden Eisenquellen und unserer vorzüglichen Ziegen-molké hier Platz greifen müste.

Wird zum 10ten Mai eröffnet und Ende September geschlossen.

Wegen Wohnungsbestellungen wollen sich die resp: Kurgäste an unseren Bade-Inspektor Herrn v. Riwatzky, wegen Brunnen-Versendung an den Kaufmann Bilolawek wenden.

Anfragen in ärztlicher Beziehung wolle man an die hiesigen Herrn Aertze. DD. Med. Gottwald und Sanitätsrath Kunze richten. Wer Anspruch auf Freikur machen will, hat seine Armut und Mittellosigkeit, wenn er in der Stadt wohnt, durch ein von dem Magistrat oder Ortsvorsteher ausgestelltes Attest des Ortsgericht darzuthun, zugleich aber die Nothwendigkeit der Badekur durch ein ärztliches Zeugniß, sowie dass er während der Badezeit die nöthigen Subsi-denz-mittel besitze, nachzuweisen. Ohne diese Nachweise kann kein Freikur bewilligt werden, worauf wir zur Vermeidung von Zurückweisung hinweisen mit dem besonderen Bemerk, dass unsere Inspektion angewiesen werden, nur solche Personen zur Freikur zulassen, welche unmittelbar von dem unterzeichneten Magistrat die Zusicherung der Freikur erlangt haben. Ferner wird bemerkt, dass Freikuren nur vom Beginn der Badeseison vom 10. Mai bis 15. Juni und vom 15ten August bis Ende der Saison gewährt werden; in dringenden Fällen, welche gehörig bescheinigt sein müssen, wird indess auf Gewährung von Freikuren während der übrigen Saison billige Rücksicht genommen werden.

Reinerz den 43ten April 1861.

Der Magistrat.

Meteorologische Beobachtungen

Tag	Barom. Höhe auf in Baral. Einheit Meum. red	Temperatur nach Meumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Gescheinungen in der Luft	Änderung der Wärme im Laufe d. Tage von bis
-----	--	------------------------------	---	-----------------------------------	---------------------------	------------------------------	---